



Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Ansprechpartner/in: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 29.09.2008

Niederschrift

über die **32. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 22.09.2008, 15:00 Uhr bis 16:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Horst Thelen Grüne

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	bis 15.55 Uhr
Herr Henk van Benthem	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	ab 15.55 Uhr
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	bis 16.30 Uhr
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Frau Dr. Astrid Reimers	Grüne	
Frau Yvonne Gebauer	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Manfred Rouhs	pro Köln
Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Lin-
ke.Köln	

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Klette	auf Vorschlag der SPD
Frau Brigitte Spielberg	auf Vorschlag der SPD
Herr Marc Müller	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük

**Presse
Zuschauer**

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralph Elster

CDU

Verwaltung:

Herr Dr. Höver

Verwaltung und Protokoll:

Herr Schnitzler

Fachamt:

236, Herr Ströbelt
Dez. V/3, Frau Reinecke
5111, Frau Burchert
66, Herr Rothe

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Tempo 50 auf der Riehler Straße (Az.: 02-1600-69/07)
- 1.2 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
- 1.3 Schreiben bezüglich Eingabe zum Bebauungsplan "BioCampus Cologne"

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

- 3.1 Eingabe zur Untersagung des Mitbringens von Tieren und Fahrrädern auf Kölner Wochenmärkten (Az.: 02-1600-24/08)
2538/2008
- 3.2 Eingabe zur Verbesserung der Baustellenabsicherung (Az.: 02-1600-23/08)
2635/2008
- 3.3 Eingabe für eine andere Verkehrspolitik (Az.: 02-1600-43/08)
3387/2008
- 3.4 Eingabe gegen die Benutzung der Abkürzung "KidS" für die Bezeichnung "Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln" (Az.: 02-1600-39/08)
2751/2008

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Tempo 50 auf der Riehler Straße (Az.: 02-1600-69/07)

Nach kurzer Beratung spricht sich der Ausschuss dafür aus, dieses Thema in der nächsten Sitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

1.2 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

Der Ausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

1.3 Schreiben bezüglich Eingabe zum Bebauungsplan "BioCampus Cologne"

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, diese Eingabe in einer der nächsten Sitzungen formal zu beraten.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

- keine -

2.2 Schriftliche Anfragen

- keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

3.1 Eingabe zur Untersagung des Mitbringens von Tieren und Fahrrädern auf Kölner Wochenmärkten (Az.: 02-1600-24/08) 2538/2008

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er führt aus, dass er unter Tieren auch die „Ratte auf der Schulter“ und nicht nur Hunde meint. Aus Gesprächen mit einigen Marktbes Chickern sei für ihn deutlich geworden, dass von dieser Seite auch ein Hundeverbot auf Wochenmärkten

befürwortet würde. Weiterhin fordert er, in der Nähe von Wochenmarktplätzen mehr Fahrradständer zu installieren, damit die Fahrräder nicht mitgeführt werden müssen.

Herr Ströbelt, 236 Marktwesen, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er macht deutlich, dass ein Hundeverbot seinerzeit noch sinnvoll war, als es erlaubt war, angebotene Ware auf dem Boden zu lagern. Mit dem Verbot dieser Praxis sei auch das Hundeverbot aus der Marktverordnung genommen worden. Nach seinen Informationen habe es nie Beschwerden von Händlern oder Kunden gegeben, im Gegenteil seien die Händler für jeden Kunden - ob mit oder ohne Hund - dankbar. Ebenfalls habe es keine Probleme gegeben, wenn Fahrräder über die Marktplätze geschoben würden.

Frau Holländer unterbreitet einen Änderungsvorschlag:

„Der Ausschuss spricht sich gegen ein Hundeverbot auf Wochenmarktplätzen aus, sieht aber die Bedenken der Antragsteller; daher sollte auf die Anleinplicht hingewiesen werden. Darüber hinaus wird auf das ökologisch und verkehrspolitisch sinnvolle Benutzen von Fahrrädern hingewiesen; daher sollte auch das Mitführen von Fahrrädern toleriert werden.“

Frau Schmerbach macht deutlich, dass Marktbeschicker sicherlich darauf achten, dass Hunde in ordnungsgemäßer Weise, z. B. angeleint, mitgeführt werden. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass es auch von der Größe des Marktplatzes abhängig ist, ob mitgeführte Fahrräder stören. Auf ihre Frage teilt Herr Ströbelt mit, dass an einigen Marktplätzen Fahrradständer vorhanden sind.

Herr Müller regt an, dass bei einer Neuauflage der Infoblätter für Hundehalter auch auf mögliche Probleme bei Wochenmarktveranstaltungen hingewiesen werden kann. Die Marktbeschicker könnten bei entsprechender Notwendigkeit solche Infoblätter an Hundebesitzer ausgeben.

Herr Löwisch weist darauf hin, dass in Ortschaften bereits eine Anleinplicht für Hunde besteht. Nach seinen Beobachtungen seien die meisten Hunde auch angeleint. Er regt an, an Wochenmarktplätzen mehr Fahrradständer anzubringen.

Frau Gebauer begrüßt den Vorschlag, bei einer Neuauflage des Faltblattes für Hundehalter auch das richtige Verhalten auf Wochenmärkten zu berücksichtigen. Sie spricht sich allerdings dagegen aus, Fahrradständer nur mit Blick auf Wochenmarktveranstaltungen zu installieren.

Herr Thelen äußert Bedenken, dass Fahrradständer immer korrekt installiert werden. Nach seinen Feststellungen seien sie oft nicht stabil genug oder würden Verkehrsteilnehmer behindern.

Herr Dr. Höver erwidert, dass der Fahrradbeauftragte bereits mit diesem Thema befasst ist. Bei den von Herrn Thelen angeführten Negativbeispielen würde es sich oft um Werbeanlagen handeln. Diese seien tatsächlich manchmal störend.

Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass der Fahrradbeauftragte sicher dankbar für Anregungen hinsichtlich sinnvoller Standorte für Fahrradständer ist.

Anschließend formuliert der Vorsitzende aufgrund der Redebeiträge einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden spricht sich gegen ein Hundeverbot auf

Kölner Wochenmärkten aus und begrüßt die liberale Haltung der Verwaltung hinsichtlich des kritisierten Mitführens von Fahrrädern auf den Kölner Wochenmärkten. Die jeweilige Bezirksvertretung soll prüfen, ob im Bereich der Wochenmarktplätze hinreichend Fahrradständer vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Eingabe zur Verbesserung der Baustellenabsicherung (Az.: 02-1600-23/08)
2635/2008**

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er fordert eine Änderung der technischen Lieferbedingungen, damit eine Rechtsgrundlage für die Forderung nach eingefärbten Fußplatten gegeben ist.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er führt aus, dass es neben der fehlenden Rechtsgrundlage in den technischen Lieferbedingungen noch ein anderes Problem gibt: Der Markt bietet derzeit nur graue Fußplatten an. Die Verwaltung habe daher derzeit nur die Möglichkeit, entsprechende Anregungen an die Herstellerfirmen heranzutragen.

Die Behindertenbeauftragte, Frau Reinecke, weist darauf hin, dass die Verwaltung das Thema der farbigen Fußplatten schon früher diskutiert hat. In diesem Zusammenhang sei die Herausgabe einer Broschüre geplant. Auf Frage teilt sie mit, dass für die Fußplatten die Farbe gelb wohl am besten geeignet erscheint.

Frau Schmerbach bringt einen Änderungsantrag ein: „Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für die Anregungen und begrüßt die Vorschläge der Verwaltung. Der Rat der Stadt Köln soll deshalb die von ihm in die betroffenen städtischen Beteiligungsgesellschaften entsandten Mitglieder anweisen, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass zukünftig bei Baumaßnahmen nach Möglichkeit Fußplatten in einer leuchtenden Farbe verwendet werden. Diese Vorgaben gelten gleichermaßen auch für die Stadt Köln selbst. Bei Genehmigungen an Private sollen entsprechende Auflagen erteilt werden.“

Frau Dr. Reimers regt an, die Verwaltung bei den Verhandlungen zur Änderung der technischen Lieferbedingungen zu unterstützen.

Herr Dr. Fladerer vertritt die Auffassung, dass die technischen Lieferbedingungen die Verwaltung sicherlich nicht daran hindern, vorhandene Fußplatten selbst einzufärben.

Anschließend lässt der Vorsitzende über einen ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für die Anregungen und begrüßt die Vorschläge der Verwaltung. Der Rat der Stadt Köln soll deshalb die von ihm in die betroffenen städtischen Beteiligungsgesellschaften entsandten Mitglieder anweisen, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass zukünftig bei Baumaßnahmen nach Möglichkeit Fußplatten in leuchtenden Farben verwendet werden. Diese Vorgaben gel-

ten gleichermaßen auch für die Stadt Köln selbst. Bei Genehmigungen an Private sollen entsprechende Auflagen erteilt werden. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, darauf hinzuwirken, dass die technischen Lieferbedingungen in diesem Sinne geändert werden. Um eine schnelle Lösung zu erreichen, sollen vorhandene Fußplatten im Sinne der Eingabe farblich geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Eingabe für eine andere Verkehrspolitik (Az.: 02-1600-43/08) 3387/2008

Beratungsverlauf:

Mit Mail vom 18.09.2008 teilt der Antragsteller mit, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen kann und nimmt Stellung zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Mail wurde als Tischvorlage verteilt und ist in die Beratung mit eingeflossen.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, informiert den Ausschuss, dass die Bezirksvertretung Innenstadt die Lösung der Probleme für Fahrradfahrer im Bereich der Severinsbrücke zur ersten Priorität erklärt hat. Die Verwaltung würde das ebenso prioritär abarbeiten.

Der Vorsitzende regt an, zu den Problemen für Fahrradfahrer im Bereich der Severinsbrücke unter Beteiligung des Fahrradbeauftragten, des Antragstellers sowie von Mitgliedern der Bezirksvertretung Innenstadt, des Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden **einen Ortstermin durchzuführen**.

Hinsichtlich der Signalisierung der Kreuzung Opladener Straße/Neuhöffer Straße weist Herr Rothe darauf hin, dass die Ampelschaltung zwischenzeitlich optimiert wurde und von der Verwaltung beobachtet wird. Wenn das Ergebnis zufriedenstellend ist, wird der Antragsteller von der Fachverwaltung informiert.

Weiterhin informiert Herr Rothe den Ausschuss, dass die Verwaltung laufend in Abstimmung mit den zuständigen Bezirksvertretungen prüft, ob Lichtsignalanlagen durch alternative Betriebsformen, wie z. B. Kreisverkehre oder Zebrastreifen, ersetzt werden können.

In diesem Zusammenhang weist die Behindertenbeauftragte darauf hin, dass Ampeln für sehbehinderte Menschen sehr wichtig sind.

Herr Dr. Fladerer führt aus, dass Induktionsschleifen vor Ampeln sehr oft ziemlich unempfindlich eingestellt sind und nicht auf wartende Fahrzeuge reagieren. Herr Rothe antwortet, dass es tatsächlich mit älteren Induktionsschleifen gelegentlich Probleme gibt; diese müssten dann ausgetauscht werden. Die neuen Modelle würden einwandfrei arbeiten.

Frau Schmerbach führt aus, dass die Schaltungen von Lichtsignalanlagen in Köln teilweise sehr fußgängerunfreundlich sind. Sie regt an, dass sich der Verkehrsausschuss mit diesem Problem befasst und Optimierungsmöglichkeiten diskutiert.

Frau Gebauer warnt vor der vom Antragsteller geforderten Nachtschaltung von Ampeln auf „Dauergrün für Fußgänger“. Falls eine solche Schaltung möglich sein sollte, wäre nur eine trügerische Sicherheit für Fußgänger gegeben.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den aufgrund von Redebeiträgen ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, den Antragsteller hinsichtlich der Prüfergebnisse zur Signalisierung der Kreuzung Opladener Straße/Neuhöfferstraße zu informieren. Weiterhin wird die Eingabe dem Verkehrsausschuss überwiesen. Es wird empfohlen, Optimierungsmaßnahmen zur Schaltung der Lichtsignalanlagen für Fußgänger zu diskutieren.

Hinsichtlich der Situation für Fahrradfahrer im Bereich der Severinsbrücke wird die Entscheidung **vertagt**. Vorher soll ein Ortstermin unter Beteiligung des Antragstellers, des Fahrradbeauftragten sowie von Mitgliedern der Bezirksvertretung Innenstadt, des Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Eingabe gegen die Benutzung der Abkürzung "KidS" für die Bezeichnung "Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln" (Az.: 02-1600-39/08) 2751/2008

Beratungsverlauf:

Ein Vertreter der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er führt aus, dass aus Sicht der Antragsteller die Dienststellenbezeichnung „Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln“ zu „langatmig“ und damit alltagsuntauglich ist. Ebenso sei die gewählte Abkürzung „KidS“ unbrauchbar; nur wer diese kennt, weiß, was damit gemeint ist. Aus seiner Sicht gibt es andere sinnvollere und „griffigere“ Bezeichnungen wie z. B. „Kinderhilfe“.

In einer persönlichen Erklärung weist Frau Wolf darauf hin, dass sie sich dadurch verletzt fühlt, dass der Vertreter der Antragsteller zu Beginn seines Vortrages zum Ausdruck brachte, dass sich die Ausschussmitglieder voreingenommen mit dem Thema befassen. („... in dem Wissen, dass die Fraktionen ihre Beschlüsse schon gefasst haben ...“).

Frau Burchert, 5111 Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie erläutert, dass sich die gesetzlichen Grundlagen für die Aufgabenwahrnehmung in den letzten Jahren verändert haben. Früher seien die Kinder längerfristig „verwahrt“ worden, die Bezeichnung „Heim“ sei daher angebracht gewesen. Heute bietet die Verwaltung familienunterstützende Maßnahmen an; daher sei die jetzige Bezeichnung korrekt, da diese die derzeitige Aufgabenstellung beinhaltet. Die kritisierte Abkürzung sei in einem Ideenwettbewerb zustande gekommen. Die Verwaltung werde nach Alternativen suchen.

Herr Rouhs regt an, der Eingabe zuzustimmen.

Frau Holländer schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahin gehend zu ergänzen, dass die Verwaltung beauftragt wird, weiter nach einem passenden Arbeitstitel zu suchen und dass der Ausschuss und die Antragsteller über das Ergebnis informiert werden.

Herr Müller gibt zu bedenken, dass ein „spielerischer“ Begriff wie das Wort „Kids“ für Kinder eventuell doch zweckmäßig sein könnte.

Frau Schmerbach und Frau Gebauer unterstützen den Vorschlag von Frau Holländer.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt, dass die Verwaltung nach Alternativen für die derzeitige Abkürzung sucht und bittet, die Antragsteller und den Ausschuss zu gegebener Zeit über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer